

GEW gründet Fachgruppen

Von der FG Gesamtschule zur FG Gemeinschaftsschule

Dirk Söhren

Im November 1986 referierte Hans-Georg Herrlitz, Professor der Georg-August-Universität Göttingen, auf dem Landestreffen Gesamtschulen darüber, dass eine Bildungsreform einen langen Atem brauche.

Jedes Jahr trafen sich am Abend vor dem Buß- und Betttag der überwiegende Teil der Lehrerinnen und Lehrer an den vier Gesamtschulen, um sich über die besondere Rolle der Angebotsschulen auszutauschen und gemeinsam zu feiern. Niemand erwartete ernsthaft eine Veränderung der Situation der Gesamtschulen auf der von der GGG und der Landesfachgruppe Gesamtschulen der GEW (LFG) gemeinsam mit der gastgebenden Schule organisierten Veranstaltung.

Zusammen mit dem DGB arbeitete die LFG unter der Leitung von Jens Jacobsen zwar auf den jährlich stattfindenden Tagungen an der Möglichkeit, dem verbreiteten Wunsch nach weiteren Gesamtschulen nachzukommen, doch der Widerstand der konservativen Regierungen schien zu groß.

Dann kam der Mai 1988 mit der Wahl der SPD zur alleinigen Regierungspartei unter Björn Engholm. In fast allen Städten Schleswig-Holsteins entstanden neue Gesamtschulinitiativen. Die Mitglieder der LFG waren teilweise mehrmals wöchentlich gefordert, über die Arbeit an den Gesamtschulen zu referieren. Bei Bürgerbegehren kam es zu teils heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen Gesamtschulgegnern und den Kolleg*innen aus den Gesamtschulen.

Intensiver Austausch zwischen alten und neuen Schulen

Der Austausch in der LFG zwischen alten und neuen Gesamtschulen, der sich nach deren Gründung 1989 ergab, war sehr intensiv, andere Vorstellungen von der pädagogischen Arbeit rieben sich häufiger an den Erfahrungen der bestehenden Schulen. Mit der Einführung des neuen Personalvertretungsgesetzes gab es seit 1991 auch eine Gruppenvertretung Gesamt-

schulen im Hauptpersonalrat. Die LFG, vertreten durch mich von 1989 bis 2003, hatte jetzt die Möglichkeit, die Personalbesetzung mit zu steuern, nachdem alteingesessene Mitarbeiter*innen des Ministeriums immer wieder Lehrkräfte an die Gesamtschulen versetzten, die vollkommen konträre Einstellungen zu der pädagogischen Arbeit hatten, wie sie vor allem an den neuen Gesamtschulen üblich war. Durch die Entsendung des Gesamtschulvertreters aus dem Hauptpersonalrat in den Landesschulbeirat, dem Beratungsgremium der jeweiligen Ministerinnen, war auch eine Einflussnahme auf die neuen Gesamtschulverordnungen möglich. Im Vorfeld gab es auch zahlreiche Gespräche mit politischen Vertreter*innen der Regierungspartei.

Im Laufe der Jahre verschlechterte das Ministerium die Arbeitsbedingungen an den Gesamtschulen immer weiter. Mehrfach wurden die Pflichtstunden und die Klassenstärke erhöht sowie die Ausgleichsstunden gesenkt. Wenn die Argumente nicht gehört wurden, hat die LFG verschiedene Protestaktionen organisiert. 1990 drangen wir mit 23 Kolleg*innen in eine Abteilungsbesprechung der neuen Ministerin ein. Immerhin wurden unsere Argumente angehört und es kam damals nicht zu einer Aufspaltung der Lehrkräfte nach Mittelstufen- und Oberstufeneinsatz. Ebenso konnten wir nach zahlreichen Elternaktionen mit einer großen Demonstration verhindern, dass der Klassenteiler an Gesamtschulen auf 29 erhöht wurde. Die erste jemals in Schleswig-Holstein durchgeführte landesweite Personalversammlung in der zum Bersten vollen IGS Neumünster richtete sich gegen eine weitere Pflichtstundenerhöhung mit einer noch stärkeren Aufspaltung nach Laufbahnen. Dieser „Spaltpilz“ für die Kollegien konnte so reduziert werden.

LFG belastet GEW

In der GEW wurden die Forderungen der LFG von den anderen Fachgruppen manchmal als Angriff auf ihre Arbeit gesehen. So wurde ein grundsätzlicher Verzicht auf das „Sitzenbleiben“ in allen Schularten und auf Schrägversetzungen in den höheren Jahrgängen noch Mitte der 90iger Jahre auf einer Landesdelegiertenversammlung

mehrheitlich abgelehnt. 2005 dann aber in der Koalition von CDU und SPD in weiten Teilen umgesetzt. Nach der Umwandlung der Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen ist auch in der GEW eine LFG Gemeinschaftsschulen gebildet worden. Hieraus ergaben sich auch viele neue Aufgaben.

Ich hatte vor, diesen Artikel mit dem „Gesamtschulgestein“ und letzten Vorsitzenden der LFG Gesamtschulen, Jürgen Timmann, zu schreiben. Ich konnte ihn nicht mehr erreichen, er ist Ende Januar gestorben.

Heike Brunkert

Die weitgehende Reform der Schulstrukturen, die in der Zeit der Großen Koalition von CDU und SPD nach 2005 in Schleswig-Holstein begann, hatte auch ihre Auswirkungen auf die interne Struktur der GEW und natürlich auch auf ihre inhaltliche Arbeit.

Die neue LFG Gemeinschaftsschulen

Die GEW als Organisation für die Beschäftigten in allen Bildungsbereichen, von den Kitas über Schulen, sozialpädagogische Bereiche, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen bot und bietet ihren Mitgliedern in zahlreichen Untergliederungen die Möglichkeit, sich einzubringen und eingebunden zu sein. Eine Form der Untergliederung neben den Orts- und Kreisverbänden sind die Fachgruppen. Besonders auf diese hatte die Umstrukturierung im Schulbereich erhebliche Auswirkungen: Der frühere Bereich der Grund- und Hauptschulen wurde aufgeteilt, die Fachgruppe Gesamtschulen mit den Fachgruppen Realschulen und Hauptschulen zur neuen Fachgruppe Gemeinschaftsschulen zusammengefasst.

Der dazu auf der Landesdelegiertenversammlung 2007 gefasste Beschluss ging nicht ohne Reibereien über die Bühne, zu sehr hingen die Herzen an den „alten“ Fachgruppen, zu groß vielleicht auch die Angst vor dem Verlust von Einfluss innerhalb der GEW.

Doch trotz einiger Vorbehalte und auch einiger Austritte aus oder zumindest Rückzug in der GEW wurde dieser aus meiner Sicht unausweichliche Schritt vollzogen. Der kürzlich leider verstorbene

Kollege Jürgen Timmann aus der Fachgruppe Gesamtschulen und ich als bisherige Vorsitzende der Fachgruppe Realschulen übernahmen gemeinsam die Leitung der neuen Fachgruppe.

Probleme zwischen den Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe sowie die zuerst noch vorhandenen Regionalschulen mit ihren jeweils spezifischen Problemen unter einen Hut zu bringen, war keine einfache Aufgabe. Zwar wurden immerhin die Regionalschulen später zu Gemeinschaftsschulen umgewandelt, aber die gegenseitigen Vorbehalte zwischen den Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe tauchten immer wieder einmal auf. Die „fehlende“ Oberstufe und das Image der „Restschule“ einerseits, die vorhandene Oberstufe mit der Möglichkeit, tatsächlich alle Abschlüsse an einer Schule anbieten zu können, die möglicherweise etwas andere Schüler*innenschaft sowie die andere Schulaufsicht andererseits, sorgten in Teilen doch für unterschiedliche Problemlagen und Sichtweisen. Nach nun mehr als zehn Jahren gemeinsamer Fachgruppenarbeit sind diese Vorbehalte nicht vollständig beseitigt, aber durch die Vorstandarbeit und regelmäßige Vertrauensleutetreffen haben sich alle besser kennengelernt und angenähert.

Letztendlich verbinden uns doch das gemeinsame Ziel des möglichst langen gemeinsamen Lernens an einer Schule für alle sowie die gemeinsamen Probleme, die wir als Arbeitnehmer*innen an diesen Schulen haben. Große Klassen, hohe Unterrichtsverpflichtung und Ausweitung der außerunterrichtlichen Aufgaben sind nur einige der Schwerpunkte, die uns schon lange begleiten. Aktuell belasten das Distanzlernen, die teilweise mangelhafte Digitalisierung und die Sorge um die eigene Gesundheit bei der Wiederaufnahme des Unterrichts die Lehrkräfte der Gemeinschaftsschulen, aber nicht nur diese. Und genau das macht die GEW aus: keine Schulart und keine Beschäftigtengruppe kämpft für sich allein, sondern alle Beschäftigten im Bildungsbereich kämpfen zusammen in der GEW – und natürlich zusammen mit anderen Organisationen, allen voran der GGG!

Alles Gute der Gesamtschule/Gemeinschaftsschule und der GGG für die nächsten 50 Jahre!